

Deutschland, ein gefährliches Pflaster?

Reinhard Scholzen

Das Interesse der Medien und der Öffentlichkeit ist dem Bundesinnenminister sicher, wenn er die vom Bundeskriminalamt herausgegebene Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) vorstellt. Darin sammelt die Wiesbadener Behörde alljährlich die Erkenntnisse über Täter und Opfer. Diebstahl und Raub, Vergewaltigung und sexuelle Nötigung, Totschlag und Mord, aber auch Sachbeschädigung und Urkundenfälschung werden in langen Zahlenkolonnen aufgeführt und tabellarisch oder als grafische Darstellungen präsentiert. Die Ergebnisse dieser Leistungsbilanz der deutschen Polizeien ähneln sich seit Jahren. Zwar räumen die Autoren ein, dass einige Delikte deutliche Zuwächse aufweisen, dafür verweisen sie aber auf die Erfolge der Polizei in diesem und in jenem Bereich. Am Ende kommt der Minister immer zu dem gleichen Ergebnis, dass die Polizeien – und damit auch er – eine gute Arbeit getan hätten und in Bezug auf die Kriminalität in Deutschland „alles nicht so schlimm“ sei. Viele Bürger sehen die Entwicklung der Verbrechenshäufigkeit ganz anders. Tagtäglich vermitteln ihnen manche Medien das Bild überbordender Straftaten, und häufig bewerten die Moderatoren die Bemühungen des Staates im Kampf gegen die Kriminalität als unzureichend. Zwischen der Wirklichkeit der Zahlen und der Wirklichkeit auf der Straße klafft – so glaubt der Normalbürger – eine breite Lücke.

An einem Donnerstagmorgen strahlte „Phoenix“ eine Reportage über die Krimi-

nalität im Kölner Stadtteil Ossendorf aus: Dort liefern sich zwischen heruntergekommenen Mietskasernen türkische Gangs Straßenschlachten mit Spätaussiedlern aus Kasachstan. Drogendealer, Zuhälter und Waffenschieber prägen das Straßenbild im Nordwesten der Rheinmetropole. Ossendorf gehört, wie das angrenzende Bickendorf, zu den mit sozialen Problemen überfrachteten Wohnvierteln. Nachts ziehen Schlägerbanden durch die Viertel, tragen in Hinterhöfen und auf ehemaligen Kinderspielplätzen ihre Rangkämpfe aus. Baseballschläger, Messer und Gaspistolen, aber in zunehmender Zahl auch scharfe Waffen sind für die Jugendlichen wohlfeile Mittel, um in ihrem Viertel auf der Hierarchieleiter emporzuklettern, um das zu mehr, was unter den jungen Kriminellen so wichtig ist: Respekt. Wer es sich leisten kann, zieht weg aus diesen Hochburgen der Kriminalität. Aber für stetigen Nachzug sorgen Stadtverwaltungen, die trotz warnender Gegenstudien die Problemfälle in bestimmten Vierteln konzentrieren: Spätaussiedler, Asylbewerber, aber auch allein stehende, von der Sozialhilfe lebende Mütter mit mehreren Kindern. So werden Ghettos geschaffen, und es entsteht unter den Bewohnern eine ebensolche Mentalität.

Experten mahnen, in diesen Vierteln sei die Anzeigebereitschaft der Opfer von Gewalttaten sehr gering – aus berechtigter Furcht vor weiteren, noch einschneidenderen Repressalien durch die Täter. Rechtsfreie Räume sind im Kölner Weich-

bild links und rechts der Bundesstraße 59 nicht eine theoretische Metapher, sondern tagtägliche Realität.

Angesichts solcher Zustände wirken Polizeiliche Kriminalstatistiken wie hilflose Versuche, die Verbrechen in ein Schema zu pressen, das der Vorstellungswelt des durchschnittlichen, rechtstreuen Bürgers entspricht. Über die Möglichkeiten und Grenzen des Aussagewertes derartiger Auflistungen bestand unter den Fachleuten nie ein Zweifel. So findet sich in der Einleitung zu der im Mai 1998 publizierten Kriminalstatistik unter anderem der Hinweis, mit dieser Erhebung könne man keine Aussagen über das Dunkelfeld treffen, jene Straftaten also, die der Polizei nicht angezeigt oder bekannt werden. Zudem sei das Anzeigeverhalten der Bevölkerung und die Verfolgungsintensität der Polizei ganz wesentlich für den Erfolg der Strafverfolgung verantwortlich. Dies bedeutet: Wenn sich die Schwerpunkte der polizeilichen Arbeit verschieben, dann ändert sich zwar dadurch nicht zwingend die Gesamtzahl der Straftaten in diesem Bereich, aber die Zahl der Verbrechen, die den Ordnungshütern bekannt werden, erhöht beziehungsweise verringert sich.

Nicht eindeutig definierte oder deliktübergreifende Tatbestände – wie etwa die so genannte Organisierte Kriminalität – zeigen der PKS ebenso die Grenzen des Möglichen auf.

Trotz manchen wissenschaftlichen Dissenses wird nicht bezweifelt, dass es auf der Grundlage der Zahlen der PKS durchaus möglich ist, die Kriminalitätsentwicklung zu skizzieren: Im Jahr 2003 wurden 6 572 135 Verstöße gegen die Strafgesetze registriert, ein Prozent mehr als im Vorjahr. In den alten Ländern waren es 5 391 128 Fälle, die restlichen (1 181 007) wurden in den neuen Bundesländern verübt. Den Löwenanteil der Straftaten stellt, wie eh und je, der Diebstahl. Addiert man all das, was die Juristen darunter fassen, so ergibt sich eine Summe von etwas mehr als drei Millionen Fällen. In der Auflistung folgen auf den weiteren Plätzen Betrug (876 032 Fälle), Sachbeschädigung (717 914 Fälle) und die „vorsätzliche, leichte Körperverletzung“ (313 112 Fälle).

Gerade der letztgenannte Bereich, die Gewaltkriminalität, beunruhigt die Bürger in besonderem Maße. Dies schlägt sich auch im Umfang nieder, den dieser Aspekt in der aktuellen PKS einnimmt.

Opferrisiko bei Gewaltkriminalität (Zahl der vollendeten Straftaten pro 100 000 Einwohner)

Straftat	Geschlecht		Alter				
	männlich	weiblich	Kinder	Jugendliche	Heranwachs.	21–60	60 u. älter
Mord und Totschlag	1,1	1,0	0,8	0,5	0,9	1,3	0,8
Gefährliche und schwere Körperverletzung	774,1	432,1	376,5	1752,3	2092,1	683,8	111,8
Räuberische Erpressung, Raub und Angriff auf Kraftfahrer	93,1	42,9	34,4	277,6	208,8	64,2	33,9

Das Risiko, einem Mörder in die Hände zu fallen, ist in der Gruppe der Einundzwanzig- bis Sechzigjährigen am höchsten, für die Jugendlichen am geringsten. Es fällt auf, dass generell Männer häufiger Opfer eines solchen Kapitalverbrechens werden als Frauen. Dies trifft auch auf Körperverletzungen zu. Das Risiko eines Heranwachsenden, durch einen Täter verletzt zu werden, liegt um das Zwanzigfache höher als das eines über sechzigjährigen Menschen. Und für Kinder liegt es mehr als dreimal höher als für ihre Großeltern. Es sind also keineswegs ältere Menschen, die in überproportionalem Maße Opfer der Gewaltkriminalität werden. Auch mit anderen Vorurteilen räumt die PKS auf. Selten nimmt die Polizei als Mörder oder Totschläger einen „großen Unbekannten“ fest. Mehr als ein Drittel aller Mordfälle ereignen sich unter Verwandten, ein weiteres Drittel der Fälle verüben Bekannte. Nur bei jeder zehnten Tat bestand zwischen Täter und Opfer keine Vorbeziehung. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung: Sechzig Prozent der Täter kommen aus der Verwandtschaft. Ein anderes Bild ergibt sich bei den Körperverletzungen. Zwar gehen vier von zehn Fällen auf das Konto von Verwandten oder Bekannten, aber bei einem Drittel der Fälle haben sich Täter und Opfer vor der Tat noch nie gesehen.

Gefahren im Umfeld

Gefahren lauern häufig im Umfeld. Diese Feststellung trifft insbesondere auf weibliche Opfer zu. Jeder zweite Mord oder Totschlag an einer Frau wurde von einem Täter aus der Verwandtschaft begangen, und 31 Prozent der Täter entstammen ihrem Bekanntenkreis.

Andere in der Bevölkerung weit verbreitete Annahmen bestätigt die PKS, so zum Beispiel die Vermutung, in Deutschland werde man wegen ein paar Euro beraubt. Bei einem Drittel der Raubdelikte

besaß die Beute einen Wert von weniger als fünfzig Euro.

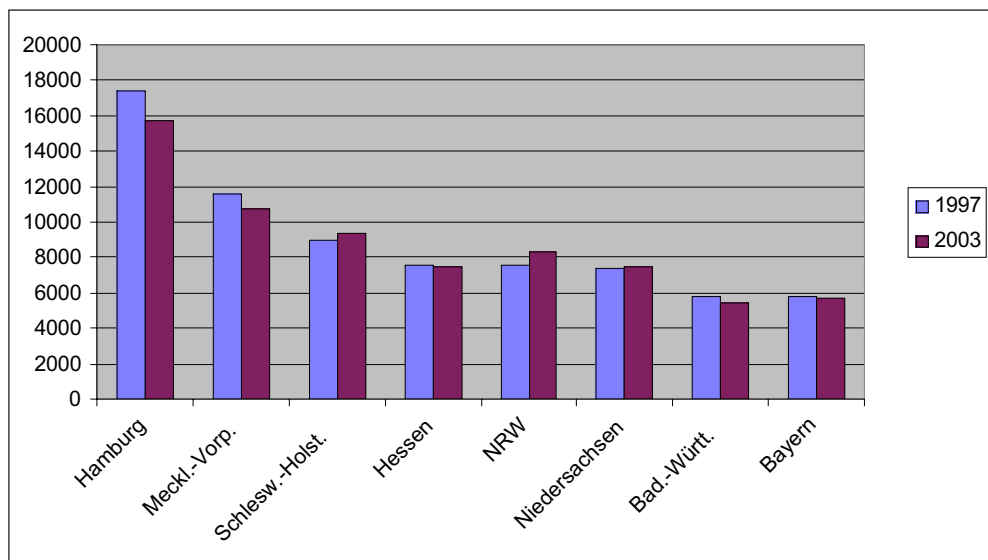
Es stimmt auch, dass die Verbrechenshäufigkeit in der Stadt generell höher liegt als auf dem Lande. Es leben zwar nur vierzehn Prozent der Deutschen in Großstädten mit mehr als 500 000 Einwohnern, sie sind aber mit sechsundzwanzig Prozent aller Straftaten belastet. Im Gegensatz dazu ereigneten sich im Jahr 2003 in Gemeinden mit weniger als 20 000 Einwohnern, in denen zweiundvierzig Prozent der Deutschen leben, lediglich 24,5 Prozent der Straftaten.

Prävention und Aufklärung

Der Zusammenhang, dass das Leben in der Stadt gefährlicher ist als auf dem Lande, spiegelt sich bis zu einem gewissen Grad auch in den Häufigkeitszahlen der einzelnen Bundesländer bei den Delikten Mord, Totschlag und Körperverletzung. Stadt oder Land sind aber nur zwei von vielen Faktoren, die von Kriminologen immer wieder genannt werden, um Opferrisiken zu erklären. Weitaus seltener als soziologische Faktoren werden die unterschiedlichen Anstrengungen – auch finanzieller Art – der einzelnen Bundesländer in der Verbrechensprävention genannt. Es scheint kein Zufall zu sein, dass Bayern seit vielen Jahren mit die niedrigsten Häufigkeitszahlen aufweist und gleichzeitig die Aufklärungsquote in dem südlichen Bundesland am höchsten liegt.

Am höchsten liegt das Risiko, ermordet zu werden, in Bremen. Dort ereigneten sich, bezogen auf 100 000 Einwohner, 8,8 derartige Straftaten, danach folgen Berlin (5,5) und Hessen (4,3). Deutlich geringer fällt dieses Risiko in Thüringen (2,6), Nordrhein-Westfalen (2,3) und Schleswig-Holstein (2,0) aus. Anders liegen die Verhältnisse bei den zahlenmäßig weitaus stärker ins Gewicht fallenden Körperverletzungen. Die meisten dieser Straftaten ereigneten sich, bezogen auf je-

Häufigkeitszahl (Straftaten je 100 000 Einwohner) ausgewählter Bundesländer



weils 100 000 Einwohner, in Berlin (354), gefolgt von Bremen (280) und Hamburg (249). Deutlich geringer ist das Risiko in Bayern (125), Baden-Württemberg (114) und in Sachsen (108).

Würde man die Medien als Gradmesser nehmen, müsste man davon ausgehen, dass ein hoher Prozentsatz der Straftäter mit einer Schusswaffe droht oder diese während der Tat einsetzt. Die Wirklichkeit sieht anders aus. Von 1996 bis zum Jahr 2002 nahm nahezu kontinuierlich die Summe der Straftaten ab, in denen eine Pistole oder ein Gewehr verwendet wurde. Im Jahr 2003 stieg die Zahl der mitgeführten und benutzten Schusswaffen deutlich an. Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass die Sachbeschädigungen im vergangenen Jahr gestiegen sind. Darunter fällt zum Beispiel das gerade im ländlichen Bereich recht häufig verübte Delikt des Schießens auf Straßenverkehrszeichen: keine Kleinigkeit, aber auch keine große Sache. Erfreulich ist, dass die mit Schusswaffen begangenen Körperverletzungen im vergangenen Jahr deutlich abnahmen.

Im Gegensatz zu den Darstellungen in manchen Medien, die das Bild einer allgegenwärtigen und überbordenden Kriminalität in unserer Gesellschaft zeichnen und gebetsmühlenartig die staatlichen Gegenmaßnahmen als wenig wirkungsvoll beschreiben, belegen die Aufklärungsquoten seit Jahren die gute Arbeit der deutschen Polizei. Die Ursachen dafür liegen zum Teil in einer Steigerung der Effizienz der polizeilichen Arbeit, deren Ursache auch in der Verwendung moderner kriminalistischer Methoden zu finden ist. Die rasche Aufklärung des Mordes an dem Münchener Geschäftsmann Rudolph Moshhammer war im Januar 2005 möglich, da die bayerische Polizei am Tatort gefundenes Genmaterial mit gespeicherten DNA-Spuren vergleichen konnte. Trotz aller Erfolge im Kampf gegen das Verbrechen sind die für einige Straftaten feststellbaren rasanten Zuwächse, mit denen die Erhöhung der Aufklärungsquote nicht immer Schritt halten kann, Besorgnis erregend.

Mehr und mehr entwickelt sich die in einzelnen Bereichen unverändert hohe,

Aufklärungsquoten		
	1997	2003
Straftaten insgesamt	50,6	53,1
Mord und Totschlag	92,2	95,6
Vergewaltigung	76,0	81,7
Raub	48,4	50,0
Körperverletzung	82,5	84,1
„Einfacher“ Diebstahl	53,0	45,6
„Schwerer“ Diebstahl	14,4	13,2
Diebstahl von Kfz	26,4	26,4
Betrug	81,1	79,5
Urkundenfälschung	93,1	91,9
Vorsätzliche Brandstiftung	39,3	47,3
Sachbeschädigung	26,0	26,7

zum Teil sogar kontinuierlich steigende Zahl der Rückfalltäter zum Problem. Insbesondere bei den Schwerstkriminellen zeigt die Statistik häufig ein Versagen des Resozialisierungsgedankens des deutschen Strafvollzuges auf. Im Jahr 1997 wurde in 49,5 Prozent aller Straftaten der Täter bereits zuvor mit dem gleichen oder einem anderen Delikt straffällig. Sechs Jahre später erhöhte sich die Quote der Rückfalltäter auf 54,2 Prozent. In den einzelnen Straftaten ergeben sich zum Teil erhebliche Unterschiede. 82,1 Prozent der im Jahr 2003 festgenommenen Räuber waren bereits zuvor wegen des gleichen oder eines anderen Deliktes verurteilt worden (1997: 78 Prozent). Bei Vergewaltigung lag der Prozentsatz im Jahr 2003 bei 58,4 (1997: 58,2 Prozent). Ebenso waren 58,4 Prozent der Mörder, die im Jahr 2003 gefasst wurden, bereits zuvor mit der Justiz in Konflikt geraten. Sechs Jahre zuvor waren es noch 63,9 Prozent.

Kinder- und Jugendkriminalität

Seit Mitte der neunziger Jahre rückte die Kinder- und Jugendkriminalität in den Blickpunkt der Öffentlichkeit. Ständig steigende Täterzahlen in dieser Alters-

gruppe zwangen die unterschiedlichen staatlichen Institutionen zum Handeln. Die daraufhin getroffenen Maßnahmen – wozu auch zahlreiche Präventionsprojekte gehören – scheinen erste Wirkungen zu zeigen. 1997 lag der Anteil der tatverdächtigen Kinder bei 144 260. Im Vergleich mit dem Jahr 2003 ergibt sich ein Rückgang auf 126 358, dies entspricht 5,4 Prozent aller Tatverdächtigen. Eine ähnliche Entwicklung zeigen die Zahlen der tatverdächtigen Jugendlichen. Deren Gesamtzahl 292 518 stieg vom Jahr 1997 (dies entspricht 12,9 Prozent aller Tatverdächtigen) auf 293 907 im Jahr 2003. Da die Gesamtzahl der Tatverdächtigen in diesem Zeitraum stieg, ergibt dies einen Anteil der Jugendlichen von 12,5 Prozent.

Ausländerkriminalität

Grund zur Besorgnis liefert seit Jahren der hohe Anteil der Ausländerkriminalität. Dieses Thema rückte im Jahr 2005 in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses, als bekannt wurde, dass man an der deutschen Botschaft in Kiew die Einreise nach Deutschland sehr großzügig handhabte: Kriminelle Schleuser schöpften die Möglichkeiten aus, die ihnen der „Visa-Erlass“ des Auswärtigen Amtes vom 3. März 2000 bot. So kamen neben Touristen auch zahlreiche Schwarzarbeiter und Zwangsprostituierte nach Deutschland. Mehrere deutsche Richter ließen daher gegenüber angeklagten osteuropäischen Schleusern Milde walten. Der Vorsitzende Richter am Landgericht Köln, Ulrich Höppner, formulierte in seiner Urteilsbegründung: „Als besonders stark wirkender Strafmilderungsgrund“ müsse gelten, dass die Taten des Angeklagten Anatoli Barg „auf allen Ebenen von den zuständigen Behörden sehr leicht gemacht wurden“. Der Grüne Ludger Volmer trat wegen der „Visa-Affäre“ von seinem Amt als Staatsminister im Auswärtigen Amt zurück. Sein Chef Josef Martin Fischer hat sich vor

dem Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages zu verantworten.

Im Jahr 2003 besaßen 23,5 Prozent der von der Polizei ermittelten Tatverdächtigen nicht die deutsche Staatsangehörigkeit, obwohl der Anteil der Nichtdeutschen an der Gesamtbevölkerung lediglich neun Prozent beträgt. Selbst wenn man die Straftaten gegen das Ausländergesetz und Asylverfahrensgesetz abzieht, die landläufig als ausländertypische Straftaten bezeichnet werden, bleibt immer noch ein Anteil von neunzehn Prozent übrig. In einigen Bereichen liegt der Anteil der Nichtdeutschen an der Gesamtzahl der Straftäter noch weitaus höher: Rund ein Drittel der Morde, Totschläge, Vergewaltigungen und Raube ging auf das Konto von Ausländern. Jedes vierte Rauschgiftdelikt und jeder fünfte schwere Diebstahl wurden von einem Ausländer begangen. Zwei von drei illegalen Glücksspielern besaßen im Jahr 2003 nicht die deutsche Staatsangehörigkeit. Es tröstet wenig, dass ein großer Teil auf das so harmlos klingende Hütchenspiel entfällt. Der Schaden, der durch diese Betrugsform entsteht, ist erheblich, und häufig geht mit dieser Form des Betruges ein hohes Gewaltpotenzial einher.

Es ist keineswegs so, dass der Löwenanteil der nicht deutschen Straftäter aus den Reihen der illegal nach Deutschland Eingereisten stammt: 82,6 Prozent der nicht deutschen Straftäter lebten legal in Deutschland. Ebenso wenig belegt das Zahlenwerk die These, die Mehrzahl der von den legal in Deutschland lebenden Ausländern begangenen Verbrechen entfalle auf Asylbewerber: Deren Quote am kriminellen Geschehen dieser Gruppe lag bei 13,3 Prozent. Und auch mit einem anderen Vorurteil räumt die aktuelle PKS auf. Keinesfalls ist es so – wie manchmal behauptet wird –, dass die legal in Deutschland lebenden Schüler und Studenten kriminalstatistisch kaum ins Gewicht fallen: Auf die an deutschen Schu-

len und Universitäten lernenden Ausländer entfielen acht Prozent der Straftaten dieser Gruppe.

Wenn es um die Kriminalität geht, dann war die alte Zeit keinesfalls auch eine gute Zeit. Diesen Zusammenhang heben die Autoren der PKS des Jahres 2003 in der Einleitung zu ihrem Zahlenwerk hervor. Es war eben nicht so, dass die in diesem Zusammenhang von manchen ins Feld geführte Großmutter in den Jahren von 1933 bis 1945 zu jeder Zeit über die Straße gehen konnte, ohne dabei fürchten zu müssen, Opfer einer Straftat zu werden. Im Jahr 1938 erfasste die Polizeiliche Kriminalstatistik unter anderem 908 Tötungsdelikte (die Versuche mit eingeschlossen), 360 Kindstötungen und 860 Körperverletzungen mit tödlichem Ausgang, somit nur unwesentlich weniger durch Straftaten verursachte Tötungen als im Jahr 2003.

Bereits seit längerer Zeit geht das Gros der Kriminologen davon aus, dass zwischen der Furcht vor der Kriminalität und der Verbrechenshäufigkeit kaum ein Zusammenhang besteht. Das heißt, es ist keinesfalls so, dass in einem Land mit geringer Kriminalitätsbelastung – wie zum Beispiel in Japan oder auch in Deutschland – auch die Furcht der Bürger, Opfer zu werden, gering ist. Ebenso sind die Forscher sicher, dass es schwierig ist, Wege aus der Angst zu finden. Reißerische Medienberichte über spektakuläre Kriminalfälle sind der falsche Weg. Es ist aber nicht nur die Presse zu einer sachlichen Berichterstattung aufgefordert. An die Stelle einer weitgehenden Tabuisierung der Kriminalität, die immer noch viele Politiker betreiben – vielleicht auch eine Erscheinungsform der *political correctness* –, muss eine Auseinandersetzung mit den Realitäten treten. Nur dann wird es auf längere Sicht möglich sein, den Deutschen die Angst vor der Kriminalität zu nehmen, die im internationalen Vergleich unbegründet ist.